

Vossische



Zeitung

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Vossische Zeitung erscheint wöchentlich zwölfmal; Sonntags mit der illustrierten Beilage „Zeitbilder“. Sonstige Beilagen: Finanz- und Handelsblatt, Kurzzettel der Berliner Börse, Grundstück und Hypothek, Umschau in Technik und Wirtschaft, Literarische Umschau, Hochschulblätter, Sport-Beilage, Für Reise und Wanderung.

Bezug: In Groß-Berlin und Umgegend durch eigene Boten täglich frei ins Haus und durch die Post monatlich 15 Mark. Anzeigen: Zeile 3 Mark und 66²/₃ % Teuerungszuschlag. Familienanzeigen 2 Mark netto die Zeile. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer. Annahme im Ullsteinhaus, Berlin SW 68, Kochstr. 22-26, und in allen Geschäftsstellen.

Verlag Ullstein. Chefredakteur: Georg Bernhard. Verantw. Redakteur (m. Ausn. d. Handelst.): Jul. Eibau. Berlin. Unverangt. Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein, Moritzplatz 11800 bis 11832. Die Zentrale verbladet mit den einzelnen Abteilungen. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus Berlin. Postscheckkonto Berlin 660.

Die Verrechnung der deutschen Reparationsleistungen.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung“.

vi Paris, 2. August.

Die Konferenz der verbündeten Finanzsachverständigen wird voraussichtlich am 8. August, also gleichzeitig mit dem Obersten Rat, in Paris zusammentreten. Frankreich wird auf ihr durch den Finanzminister Doumer, falls dieser bis dahin schon genesen ist, und durch den Minister der besetzten Gegenden Loucheur, England durch den Schatzkanzler Sir Robert Sornet und Belgien durch den Finanzminister Theunis vertreten werden.

Der „Temps“ bespricht im Leitartikel die Fragen, die auf der Tagesordnung dieser Konferenz stehen. Es handelt sich zunächst um die zu übernehmende Bezahlung für die verschiedenen Verbündeten.

Der Unterhalt eines einzelnen englischen und amerikanischen Soldaten ist bekanntlich bedeutend teurer als der eines französischen und belgischen. England schlägt nun vor, daß der Unterhalt eines Engländer nur noch zwei Goldmark mehr als der eines Franzosen kosten solle. Frankreich ist bereit, den Vorschlag anzunehmen, falls der Ausschlag von zwei Goldmark mit dem zunehmenden Ausgange der Devisenkurse verschwindet.

In zweiter Linie handelt es sich um die Verrechnung der belgischen Schulden bei Frankreich, für die Deutschland aufzukommen hat. Frankreich lehnt es ab, sich mit der Rückerstattung der fernerzeit bezahlten Frankenträge zu begnügen, und fordert die Erhöhung der Summe nach Maßgabe der mittlerweile eingetretener Entwertung des französischen Franken.

Der „Temps“ hofft, daß eine Verständigung unter den Verbündeten erzielt wird. Das Blatt betont weiter, daß die Frage der Rückzahlung der belgischen Schuld durch Deutschland von besonderer Bedeutung für England ist. Falls bestimmt wird, daß die ersten deutschen Zahlungen nach den durch Belgiens Prioritätsrecht bestimmten Summen für die Rückzahlung der belgischen Schuld benutzt werden, würden Frankreich und England je 50 v. S. davon erhalten, während Frankreich 52 und England nur 22 v. S. erhielte, falls die deutschen Zahlungen vorläufig für die Wiedergutmachung vorbehalten bleiben.

Den wichtigsten Gegenstand wird die Frage der deutschen Sachleistungen für den französischen Wiederaufbau bilden. Der „Temps“ bemerkt dazu, England befürchte, daß Frankreich sich durch vertrauliche Sonderabmachungen mit Deutschland besondere Vorteile sichern wolle. Es wird ferner Frankreichs Recht bestritten, von Deutschland schnelle Lieferungen von großem Umfang zu erlangen. Frankreich hat die englische Note vom 16. Juli bereits mit einer ausführlichen Darlegung des Sachverhalts beantwortet und heute dem Wiedergutmachungsausschuß das Projekt für die Vereinbarungen mit Deutschland zur Begutachtung vorgelegt. Kreditvereinbarungen zwischen deutschen Fabrikanten und französischen Käufern würden die Leistungsfähigkeit Deutschlands für den Wiederaufbau zum Schaden der anderen Verbündeten vermindern. Das Blatt hofft, daß England auf seiner Forderung nicht beharrt, da es sonst die Verantwortung für die finanziellen und sonstigen Konsequenzen übernehmen müsse.

An anderer Stelle führt der „Temps“ aus: „Von deutscher Seite wurde kürzlich der Wunsch geäußert, daß unverzüglich eine neue Unterhaltung zwischen Loucheur und Rathenau stattfinden möge. Im Laufe dieser Unterredung müßte die oberschlesische Frage berührt werden können. Herr Loucheur war in Übereinstimmung mit dem Ministerpräsidenten der Meinung, daß eine derartige Unterhaltung nicht opportun sei. Frankreich wünsche in Oberschlesien nichts anderes, als die gerechte Anwendung des Vertrages. Wer dieses Wort der Gerechtigkeit würde nicht erleichtert, wenn Sonderunterhaltungen zwischen einem französischen und einem deutschen Minister vor der Konferenz des Obersten Rates stattfinden.“

Die Sachverständigen zur Prüfung der oberschlesischen Frage sind ersucht worden, ihre Arbeit bis zum 7. August spätestens abzuschließen.

Ueber die Beratungen des Ausschusses teilt die offiziöse Agentur mit, der Ausschuß habe nacheinander die verschiedenen in Vorschlag gebrachten Teilungspläne studiert: den Plan de Marinko, den Plan de Rond, den Plan Korsantj, den Plan Gofza. Die italienischen Vertreter hätten zu letzterem Entwurf zu erkennen gegeben, er könne eine sehr ernste Verhandlungsgrundlage bilden, ohne jedoch die italienische Delegation zu binden. Die französischen Vertreter hätten sich, stellt „Panos“ im Gegensatz zu den Mitteilungen von Vertinax im „Echo de Paris“ fest, über ihren Standpunkt noch nicht ausgesprochen.

Deutschlands Recht auf Oberschlesien.

Die Kanzlerrede in Bremen.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung“.

Bremen, 2. August.

Im großen Saale der Börse hielt heute abend Reichskanzler Dr. Wirth vor etwa 5000 Zuhörern seine angekündigte politische Rede. Er führte aus:

Nicht dazu bin ich nach Bremen gekommen, um Sie über die tausendfachen Sorgen und Mühen zu unterrichten, von denen die Reichsregierung erfüllt ist, sondern um Sie aufzurufen, mit uns und mit den Regierungen der Länder mutig durch Arbeit den Weg zur Freiheit wieder zu bahnen. Ich weiß, daß wir in den politischen Idealen nicht alle einig sind, daß diese Ideale unser Volk entzweiten. Der Eine steht rechts, der Andere links. Wir kommt es nicht darauf an, Illusionen zu wecken. Wir haben in den letzten Wochen und Monaten manche Enttäuschung erlebt, aber es hat sich doch gezeigt, daß, wenn man in der Politik eine feste Richtung eingeschlagen hat und sie durchhält, man doch in der Welt Beachtung und Anerkennung finden kann. Diese Beachtung, die wir in der Welt gefunden haben, baut sich nicht auf Deutschlands Schwäche, sondern allein auf Deutschlands Charakterfestigkeit auf.

Der Weg, der uns vorgezeichnet ist, ist der Weg des Rechts, der dorthin weist, wohin die Hoffnung aller Völker geht, aller Nationen auf dem Erdenrund. Dieser Weg ist die Barmherzigkeit und Milde und die Liebe zum deutschen Vaterland, zum wahren Menschentum. Wir sind uns alle darin einig, daß der Kern der Weltgeschichte ein moralischer ist. Wollen Sie wissen, was Macht ist, wenn Sie brutal mißbraucht wird, dann sehen Sie nach Oberschlesien. Dort hat die Macht, und zwar die polnische Macht, nicht ganz ohne Verbindungen mit Mächten, die den Gedanken des Rechtes hatten, ein blühendes Land beinahe an den Rand des Verderbens gebracht.

Wir wollen keine Diktatur in der Welt. Wir wollen nicht, daß dieses Land, das durch deutsche Arbeit und deutsche Kultur zu großer Blüte gelangt ist, unter einer polnischen Diktatur dem Ruin entgegengeht. Wir hören Stimmen des Rechts und des Friedens aus der ganzen Welt; aus Amerika und England hören wir diese Stimmen. Weiß Gott, wenn diese Stimmen rechtzeitig im Loben des Weltkrieges zur Geltung gekommen wären, die Welt stände heute anders da. Wir wollen jede Stimme des Rechts und der Vernunft, ob sie von jenseits des Meeres kommt oder von jenseits des Kanals, mit Dankbarkeit begrüßen.

Mit herzlichster Freude haben wir gehört, daß in England führende Staatsmänner die Notwendigkeit der Wohlfahrt und Ordnung der Völker, auch des deutschen Volkes, wieder öffentlich ausgesprochen haben. Haben aber diejenigen in der Welt, die heute von Glück und Wohlfahrt sprechen, nicht zu prüfen, ob die Verpflichtung, Glück und Wohlfahrt zu erlangen, wirklich das Ziel aller führenden Männer gewesen ist? Schauen Sie hin nach Polen! Mit ewigen Drohungen kommen sie her. Damit kann man keine Wohlfahrt schaffen, sondern nur neuen Ruin heraufbeschwören. Ich nehme es niemand übel, wenn er an unserer Politik der letzten Monate Kritik übt. Ich habe gar nichts dagegen, wenn von da und dort der Ruf anmich kommt: „Herr Reichskanzler, Sie sind einen falschen Weg gegangen.“ Aber ich sage Ihnen: würde ich noch einmal vor die schwere Entscheidung gestellt, eine Regierung zu bilden, die allein den Gedanken des Rechts, der Wohlfahrt, der Völkerveröhnung im Auge hat, ich werde mich keinen Augenblick bestimmen, diese Politik noch einmal zu machen.

Ich habe die Antwort auf das Ultimatum von London gegeben unter einem politischen Gesichtspunkte. Will man in der Welt den großen Gedanken der sozialen Demokratie Rechnung tragen, dann darf man die Politik der deutschen Regierung, die getragen ist von dem großen Vertrauen der deutschen Arbeiter- und Handelswelt aller Kreise, nicht sabotieren. Und ich betrachte es als eine Sabotage des ganzen demokratischen Ideals in der Welt, wenn trotz des Plebiszits in Oberschlesien, trotz der Abstimmung Korsantj und nicht das deutsche Recht zur Geltung kommen würde.

Es ist eine große Stunde, vor der die Staatsmänner der alliierten Mächte stehen. Ich weiß nicht, ob man in der ganzen Welt die Zeichen der Zeit richtig versteht. Ich kenne Stunden des deutschen Volkes, wo es die Zeichen der Zeit nicht verstanden hat. Es kann nicht vor der Welt möglich sein, daß man das alte demokratische Ideal des Selbstbestimmungsrechts der Völker verläßt in einem Augenblick, wo alle Mächte es mit eherner Stimme in die Welt hinausrufen. Jetzt achtet das Selbstbestimmungsrecht des oberschlesischen Volkes, das mit großer Macht

gesprochen hat! Jetzt achtet den Gedanken der Demokratie, wenn nicht Europa neuem Elend und dem endgültigen Untergange geweiht werden soll.

Ich frage: Haben Sie je ein Volk gesehen, das noch in der Zeit des Uebergangs willens war, in der großen Steuergesetzgebung des Reiches gerade von den Lohn- und Gehaltsempfängern des Reiches Opfer zu verlangen, wie sie die deutsche Arbeiterwelt und die Beamtenschaft im letzten Jahr getragen hat? Ist es nicht der Gedanke gewesen, durch Arbeit, durch Arbeit allein die Welt wieder zum Frieden und zur Wohlfahrt zu führen? War dieser Gedanke etwa nur für uns allein gegeben? Sieht denn die Welt um uns nicht ein, daß man heute ein Volk nicht isolieren kann? Sehen Sie sich um auf dem Erdenrund, wie die Länder zusammengebrochen sind, weil die Weltwirtschaft zerrissen worden ist durch die europäische Kriegskatastrophe.

Heute sind sieben Jahre verfloßen seit dem Ultimatum an Serbien, dem unglücklichsten, das die Welt gesehen hat. Und war nicht jetzt wieder ein Ultimatum für die Welt entweder ein Zeichen der Verständigung oder vielleicht noch einmal das Zeichen zu neuen Zerwürfen in Europa? Dieses Europa kann nicht noch einmal durch die Katastrophe eines neuen Weltkrieges oder gar eines Krieges hindurchgeführt werden. Die Todes Schatten lagern auf diesem Kontinent. Den Gegnern müssen wir heute zurufen: Mit Drohungen rettet Ihr die Welt nicht mehr, sondern allein durch den Willen zur Verständigung! Setzt Euch zusammen an den grünen Tisch, einigt Euch über die Probleme der Weltwirtschaft! Denkt kaufmännisch, denkt bremisch, denkt freiheitlich, denkt in Liebe der gefallenen Brüder!

Haben Sie je ein Volk gesehen, das durch deutsches Blut, durch den Tod unserer Brüder zum Leben erwacht ist, wie Polen, und das uns jetzt so schmachlich behandelt? Wir haben den Wunsch gehabt uns mit Polen, nachdem es zur Staatlichkeit erwacht ist, zu verständigen, und was ist jetzt vor unseren Augen im Osten geschehen? Das strafbare Beginnen gegenüber dem deutschen Volke ein zweites Elend - Lothringen zu schaffen; Siebenhundert Jahre lang ist dieses Land in deutschem Besitz gewesen. In Oberschlesien sind alle Wohlfahrtsrichtungen vorhanden, die wir selbst haben. Die soziale Bewegung in Deutschland war noch nicht zu Ende vor dem Kriege, die ganze Frage wäre zu lösen gewesen, wenn eine Veröhnung zwischen Besitz und Arbeit erreicht worden wäre. Wer den Gedanken der Wohlfahrt und des sozialen Fortschrittes in Europa hochhält, der muß dem Anspruch Deutschlands an Oberschlesien Rechnung tragen.

Wir sehen der Entscheidung mit festem Auge entgegen, gewiß mit klopfendem Herzen, aber im vollen Bewußtsein, daß unsere Stimme nicht unbeachtet im Rate der Völker verhallen wird. Wir werden nicht dabei sein bei der Entscheidung. Das ist gut, denn die Verantwortung für eine gerechte Entscheidung liegt bei denen, die uns wieder nach Boulogne gerufen haben, noch zur Abrüstungskonferenz.

Prag fordert Grenzberichtigungen.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung“.

Prag, 2. August.

Anlässlich einer Interpellationsbeantwortung erklärte Außenminister Dr. Benesch die Grenzen der Tschechoslowakei mit Oberschlesien für unbefriedigend. Sowohl strategische wie politische Rücksichten forderten dringend ihre Berichtigung. Hierüber werde im Zusammenhang mit dem schiedsrichterlichen Urteil entschieden werden. Besonders wichtig sei für die Tschechoslowakei die Erwerbung von 16 Gemeinden nächst Troppau. (An Troppau grenzt der rein deutsche Kreis Leobschütz.) Die tschechoslowakische Regierung ermannte sich, bei jeder günstigen Gelegenheit auf ihre Ansprüche hinzuweisen. Die Wahl des geeigneten Augenblickes und der geeigneten Mittel bleibe einem späteren Zeitpunkte vorbehalten.

Die Tötung des Majors Montalégre.

vi Paris, 2. August.

Dem „Intransigeant“ zufolge erhielt das französische Außenministerium die Meldung, der Mörder des Majors Montalégre sei ein deutscher Oberschlesier namens Joschke, 21 Jahre alt, und die Untersuchung habe ergeben, daß die Auslegung eines Preises für die Tötung eines hervorragenden Franzosen ihn zu seiner Tat veranlaßt habe.

Die Nachricht widerspricht den bisher vorliegenden Ergebnissen der Untersuchung vollständig. Das Pariser Blatt gibt